

Volumen an Staatsanleihen für den Bau von Infrastruktur eingesetzt. Zwischen 1998 und 2003 verschuldete sich die Regierung in Form langfristiger Anleihen mit 800 Mrd. RMB. Yang Qingwei, Direktor der Abteilung für Anlageinvestitionen bei der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass durch dieses *deficit spending* die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate um rd. 2 Prozentpunkte pro Jahr erhöht werden konnte. (BBC EF, 10.3.04)

Mit Blick auf die Haushaltsplanung für 2004 kommentierte die ausländische Presse vor allem die Erhöhung des Militärhaushalts und vermutete, dass diese für den Bau von Hightech-Waffensystemen bestimmt sei. In Reaktion auf diesen Vorwurf kritisierte die *Renmin Ribao*, das offizielle Sprachrohr der KPCh, dass die westlichen Medien die angegebenen Statistiken zum Militärhaushalt anzweifeln und von Ausgaben berichteten, die um das Drei bis Vierfache oder noch höher liegen würden. Im Vergleich zum Militärhaushalt der USA in Höhe von 401,7 Mrd. US\$ (2004; Zunahme um 10%) sei der chinesische wesentlich kleiner. (BBC PF, 17.3.04) -schü-

SVR Hongkong

26 Beijing schließt direkte Volkswahlen in Honkong für 2007/ 2008 aus

Die konstitutionelle Krise um die Verfahren für die Wahlen zum Regierungschef und zur Legislativversammlung in der Sonderverwaltungsregion hat sich im April weiter zugespitzt. Mit einer Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*, BL) durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (StA des NVK) hat die chinesische Zentralregierung eine eindeutige Abkehr von ihrem bisherigen Verzicht auf direkte Einmischung in die politische Selbstbestimmung der SVR vollzogen. In der Verfassungskrise von 1999, die im Zusammenhang mit der politischen Kontroverse um das Aufenthaltsrecht von

festländischen Bürgern in Hongkong entstanden war, hatte der StA des NVK notgedrungen auf eine „hausgemachte“ Regierungskrise in der SVR interveniert (vgl. C.a., 2000/8, S.907-916). Diesmal dagegen hat die Beijinger Führung erstmals eigenständig die Initiative zur Auslegung des *Basic Law* ergriffen und damit ihre Autorität über das konstitutionelle und politische System Hongkongs mit den bislang deutlichsten Mitteln behauptet.

Wie die Beijinger Zentralregierung bereits im März angekündigt hatte, unternahm der StA des NVK Anfang April eine Auslegung der Anhänge I und II zum BL, in denen die Verfahren zur Wahl des Regierungschefs (*Chief Executive*) und zur Legislativversammlung (*Legislative Council*) geregelt werden. Während Artikel 45 und 68 des BL in beiden Fällen als „ultimate goal“ für einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft direkte Volkswahlen anvisieren, eröffnen die beiden Anhänge die theoretische Möglichkeit, dass entsprechende Änderungen der Wahlverfahren „im Bedarfsfall“ („if there is a need to amend“) bereits zur Wahl des Regierungschefs ab 2007 bzw. zur Wahl der Legislativversammlung ab 2008 vorgenommen werden. Als formale Voraussetzungen für die Verabschiedung solcher Änderungen der Wahlverfahren sind eine Zweidrittelmehrheit in der Legislativversammlung, die Zustimmung des Regierungschefs sowie die Einwilligung („approval“) durch bzw. Berichterstattung an den StA des NVK vorgesehen. Allerdings regeln die Anhänge nicht, unter welchen Bedingungen und auf wessen Initiative hin eine solche Änderung der Wahlverfahren vorzunehmen ist.

Diese Regelungslücke im BL füllte der StA des NVK nun durch eine Auslegung („interpretation“). Nach der Verfassungskrise von 1999 hatte sich die Auffassung durchgesetzt, dass diesem faktisch und formal (nach Art. 67 (4) der Verfassung der VR China und Art. 158 des BL) die Kompetenz zur Auslegung des BL zukommt (vgl. C.a., 2000/8, S.916). Ziel der am 6. April verabschiedeten Auslegung sei es laut NVK-Präsident Wu Bangguo gewesen, eine Klärung missverständlicher Inhalte im BL herbeizuführen, eine „gesunde“ Entwicklung des politischen Systems der SVR sicherzustellen so-

wie Wohlstand und Stabilität in Hongkong langfristig zu wahren. Die Auslegung bestand aus den folgenden vier Punkten:

1. Der Wortlaut der Anhänge „ab 2007“ schließt das Jahr 2007 mit ein. Theoretisch schließt die Auslegung damit noch nicht aus, dass der Regierungschef bereits 2007 aus freien Wahlen hervorgeht, ein Umstand, der im demokratischen Lager zunächst Hoffnungen weckte.
2. Der Wortlaut „im Bedarfsfall“ bedeutet, dass eine Änderung der Wahlverfahren erfolgen kann, aber keineswegs erfolgen muss. Hiermit reagierten die Autoren abschlägig auf Meinungen demokratischer Vertreter, wonach freie Wahlen für 2007 durch den Wortlaut des BL bereits für 2007/2008 gewissermaßen präjudiziert seien.
3. Die Initiative für eine eventuelle Änderung der Wahlverfahren hat vom Regierungschef der SVR auszugehen, der laut BL die Spitze des von der Exekutive dominierten politischen Systems der SVR darstellt und zugleich die direkte politische Verantwortlichkeit gegenüber der chinesischen Zentralregierung trägt. Auf einen entsprechenden Bericht des Regierungschefs an den StA des NVK hin obliegt es dem StA zu entscheiden, ob und in welcher Weise der „Bedarfsfall“ für eine Änderung der Wahlverfahren gegeben ist. Der StA des NVK hat dabei „im Licht der aktuellen Lage in der SVR Hongkong und gemäß des Prinzips eines graduellen und geregelten Fortschreitens“ zu entscheiden. Die Autoren verneinen damit die Möglichkeit, dass aus den Reihen der Legislativversammlung ein entsprechender Vorschlag kommt. Vor allem aber behaupten sie damit ein vorbehaltloses Vorrecht der chinesischen Zentralregierung, über die weitere Ausgestaltung des politischen Systems in Hongkong zu entscheiden. Begründet wird dieses Recht damit, dass der „hohe Grad an Autonomie“, der der SVR im BL zugestanden wird, der Autorisierung durch die Zentralregierung entspringt, der solchermaßen also auch die Kontrolle über

die Ausgestaltung der politischen Autonomie zukommt. Wie ein offizieller Sprecher erläuterte, gelte es, das verbreitete Missverständnis, wonach die politische Zukunft Hongkongs in den Händen der Hongkonger liege, ein für alle Mal auszuräumen.

4. Solange keine Änderung der Wahlverfahren vorgenommen worden ist, behalten die Regelungen der Anhänge I und II ihre Geltung; im Fall der Wahlen zur Legislativversammlung heißt dies konkret, dass sich diese bis auf weiteres je zur Hälfte aus direkt gewählten und durch funktionale Wahlkollegien bestimmte Abgeordnete zusammensetzen wird, wie dies zum ersten Mal für die Wahl zur Dritten Legislativversammlung im September 2004 vorgesehen ist. Damit stellen die Autoren sicher, dass das demokratische Lager, das sich derzeit politischer Aufwinde erfreut, nicht zur dominierenden Kraft in der Legislativversammlung aufsteigt. Rhetorisch wird dabei das Prinzip einer „ausgewogenen Partizipation“ der Interessen aller verschiedenen Bevölkerungsgruppen (also auch der Beijing-nahen Unternehmerkreise) herangezogen, das die politischen Eliten mittels ausgeklügelter Konsultationsmechanismen im Zweifelsfall bislang immer noch zur Loyalität gegenüber der Regierung diszipliniert hat.

Diese Auslegung wurde der Hongkonger Bevölkerung durch mehrere Abgesandte des StA des NVK nahe gebracht und zog die zu erwartenden Proteste des demokratischen Lagers und des westlichen Auslands nach sich. Eine Woche später vollzog Regierungschef Tung Chee-hwa dann den zweiten Schritt in einem politischen Dreisprung, der im Rückblick als gezielte konstitutionelle und mediale Inszenierung erscheint. Am 15. April adressierte Tung Chee-hwa einen „Bericht zur Entwicklung der Verfassung“ an den StA des NVK in Beijing, in dem er – dem dritten Punkt der jüngsten Auslegung des BL gemäß – um dessen Entscheidung in der Frage ersuchte, ob zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Bedarf für eine Änderung der Wahlverfahren bestehe. Auf der Grundlage eines Vor-

schlags der im Januar d.J. unter Donald Tsang gebildeten Sonderkommission für Verfassungsfragen (vgl. C.a., 2004/1, Ü 28) formulierte der Regierungschef in seinem Bericht, er sei der Auffassung, dass eine Revision in Bälde vorgenommen werden könnte bzw. sollte (eine semantische Ambivalenz zwischen diesen beiden Verben schien dabei durchaus intendiert zu sein), um in der konstitutionellen Entwicklung der SVR weiter voranzukommen. Allerdings seien dabei mehrere Faktoren zu bedenken, die bei einer möglichen Änderung der Wahlverfahren zu berücksichtigen seien. Unter den neun von ihm genannten Punkten ist etwa die Warnung vor einer „zu schnellen“ Einführung freier und direkter Volkswahlen, die Forderung nach Wahrung des von der Exekutive dominierten politischen Systems der SVR sowie die Mahnung, weiterhin eine ausgewogene politische Interessenvertretung aller verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten. Mit anderen Worten beantragte Tung hier formal die Prüfung einer durchaus „wünschenswerten“ Änderung der Wahlverfahren durch den StA des NVK, insinuierte durch die Auflistung der neun „Faktoren“ aber zugleich, dass umfassende Änderungen zu einem baldigen Zeitpunkt ohnehin nicht in Frage kämen.

Entsprechend fiel die Antwort des StA des NVK auf den Bericht Tung Chee-hwas aus, die wiederum zwei Wochen später erfolgte. So erging im dritten Schritt am 26. April die verbindliche Entscheidung aus Beijing, die im Kern aus den beiden folgenden lapidaren Absätzen bestand:

1. Bei den Wahlen zum Regierungschef im Jahr 2007 und zur Legislativversammlung im Jahr 2008 werden allgemeine Volkswahlen nicht zur Anwendung kommen; das 50:50-Verhältnis von direkt gewählten und durch funktionale Wahlkollegien bestimmten Abgeordneten in der Legislativversammlung ist bis auf weiteres beizubehalten.
2. Die spezifischen Details der Wahlverfahren können jedoch durchaus abgeändert werden, solange dabei das Prinzip eines graduellen und geregelten Fortschreitens der konstitutionellen Entwicklung ge-

wahrt bleibt. (Diskutiert werden etwa eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten in der Legislativversammlung oder eine Erweiterung der Wahlkollegien.)

Bemerkenswert deutlich fielen die Ausführungen eines offiziellen Sprechers des StA des NVK aus, der wie schon Anfang April nach Hongkong reiste, um die Hintergründe der Entscheidung zu erläutern. Danach habe man sich gegen freie Direktwahlen zu einem frühen Zeitpunkt entschlossen, da die Demokratie in Hongkong noch sehr jung sei und die demokratischen Kräfte in der Legislativversammlung sich in der Praxis noch nicht ausreichend bewährt hätten. Auch hätten viele Hongkonger noch kein ausreichendes Verständnis des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“. Im Wesentlichen gehe es darum, das kapitalistische System Hongkongs zu bewahren, dazu wiederum sei eine ausgewogene Partizipation aller verschiedenen Gesellschaftsgruppen unabdingbare Voraussetzung. Eine zu frühe Demokratisierung aber wäre dem Prinzip einer ausgewogenen Interessenvertretung und damit dem kapitalistischen System abträglich. Vor diesem Hintergrund wäre es ein großer Fehler der Regierung der SVR, würde sie sich dem öffentlichen Druck beugen und den Forderungen nach direkten Volkswahlen nachgeben. In einer Zynik, die beinahe kunstvoll zu nennen wäre, wenn sie nicht zugleich so ernst zu nehmen wäre, hieß es: „Public opinion is an important factor in formulating policies, but is not the one and only criterion. A government that is led by public opinion is an irresponsible government; it will fail to accomplish anything and be unsustainable.“ An diesen Ausführungen wird das Demokratieverständnis repräsentativer Teile der Beijinger und Hongkonger Eliten in seltener Klarheit deutlich: Demokratie wird nicht als gesellschaftsübergreifendes System zur Sicherstellung einer möglichst breiten politischen Interessenvertretung begriffen, sondern vielmehr als partikularer, in der öffentlichen Meinung besonders lautstarker Ausschnitt aus dem gesamtgesellschaftlichen Interessenspektrum, durch den eine ausgewogene Interessenvertretung eher behindert als befördert wird.

Wie zu erwarten war, lösten die Interventionen des StA des NVK heftige Proteste des demokratischen Lagers aus, denen sich diplomatische Vertreter der USA und Großbritanniens anschlossen. Sie argumentierten, dass mit der Auslegung des BL ein schwerwiegender Eingriff in die politische Autonomie Hongkongs zu verzeichnen und zugleich ein Präzedenzfall geschaffen sei, der der chinesischen Zentralregierung zukünftig jederzeit erlauben würde, die demokratischen und zivilen Freiheiten in der SVR substantiell zu beschneiden. Demokratische Aktivisten kündigten für die kommenden Wochen und Monate groß angelegte Demonstrationen an. Auf der anderen Seite äußerten Vertreter der Hongkonger Geschäftswelt sowie politischer Parteien aus dem Beijing-nahen Lager ihre Zufriedenheit, dass mit der Entscheidung aus Beijing nun endlich wieder Ruhe in dem Wirtschaftsstandort Hongkong eingekehrt, den aufgeregten Kontroversen um die Zukunft des politischen Systems der SVR damit der Wind aus den Segeln genommen und die Regierungsfähigkeit der Stadt wiederhergestellt sei.

Wirft man einen Blick zurück auf die Entstehung der jüngsten politischen und konstitutionellen Krise in Hongkong seit der Debatte um den Subversionsartikel 23 des BL und die Massenproteste vom 1. Juli 2003, so wird deutlich, dass die nun durch den StA des NVK formal getroffene Entscheidung gegen eine baldige Einführung von direkten Volkswahlen durch entsprechende Stellungnahmen aus Beijing bereits frühzeitig vorweggenommen worden war. Spätestens war dies zum Jahreswechsel 2003/2004 der Fall, als zunächst KPCh-Generalsekretär Hu Jintao seine „tiefe Besorgnis“ über die politische Entwicklung in Hongkong zum Ausdruck brachte und kurz darauf ein autoritativer Rechts-Experte erklärte, dass eine allgemeine Direktwahl zum Regierungschef im Jahr 2007 mit der Verfassung nicht vereinbar sei (vgl. C.a., 2004/1, Ü 28). Auch war es seit jeher schwer vorstellbar, dass die chinesische Zentralregierung sich damit abfinden könnte, frei gewählte Volksvertreter könnten die weiteren politischen und wirtschaftlichen Geschicke Hongkongs bestimmen.

Dass die Forderungen des demokratischen Lagers nach direkten Volkswahlen bereits 2007/2008 trotz dieser bekannten und eindeutigen Voreinstellung in Beijing eine solche Eigendynamik entfalten konnten, lag zum einen an der oben aufgezeigten Regelungslücke in den Anhängen I und II des BL. Wie im Fall des früheren Verfassungskonflikts um das Aufenthaltsrecht von Festlandbürgern in der SVR ist auch hier zu vermuten, dass die Autoren die Regelungslücke bei der Verabschiedung des BL im Jahr 1990 bewusst belassen haben, um der Beijinger Zentralregierung in sensiblen politischen Fragen zukünftige Gestaltungsspielräume zu reservieren.

Zum anderen ist zu sehen, dass die Eskalation des politischen Konflikts in Hongkong in engem zeitlichen Zusammenhang mit den Wahlen zur Präsidentschaft auf Taiwan steht. War es im Vorfeld der März-Wahlen das Bestreben der Beijinger Führung, in Hongkong nicht zu schwerfüßig aufzutreten, um den Demokraten auf Taiwan nicht noch zusätzlichen Aufwind zu geben, so dürfte sich die Haltung Beijings nach der Wiederwahl Chen Shuibians ins Gegenteil verkehrt haben. Folgende Logik in den Köpfen der Beijinger Entscheidungsträger könnte seither vermutet werden: Da das Hongkonger Modell seine Attraktivität für das zukünftige politische Verhältnis zwischen dem Festland und Taiwan ohnehin eingebüßt hat, besteht auch kein besonderer Grund mehr, die Hongkonger Ideale politischer Autonomie, demokratischer und ziviler Rechte vor den Augen der Welt hochzuhalten. Im Vordergrund steht nun vielmehr, der wachsenden Politisierung der Hongkonger Bevölkerung ein Ende zu setzen und die demokratischen Kräfte der SVR in ihre Schranken zu weisen, bevor es zu weiter reichenden politischen und gesellschaftlichen Unruhen kommt.

Die eigentliche Ursache für die Abkehr der chinesischen Zentralregierung von ihrem bisherigen Verzicht auf aktive Einmischung in die politische Autonomie Hongkongs könnte aber an noch anderer Stelle zu suchen sein. Wenn semi-offizielle Stellungnahmen aus Beijing in den vergangenen Wochen wiederholt zum Ausdruck brachten, dass die Zentralregierung ihr „Vertrauen in die Hongkonger Bevölkerung

verloren“ habe, so könnte sich dahinter vor allem ein Verlust des Vertrauens der parteistaatlichen Führung in Regierungschef Tung Chee-hwa verbergen. Wie vereinzelte Kommentare von Insidern aus Hongkonger und Beijinger Zirkeln nahe legen, hat spätestens die Haltung der Hongkonger Regierung im Konflikt um eine Subversionsgesetzgebung gemäß Artikel 23 des BL vor Augen geführt, dass der amtierende *Chief Executive* keine ausreichende politische Autorität und Durchsetzungsfähigkeit mehr besitzt, um das politische Geschick der SVR mit sicherer Hand zu lenken und vor demokratischen „Übergriffen“ zu schützen. Anstatt eine offene Demontage des Regierungschefs zuzulassen, habe sich die Beijinger Führung dazu entschlossen, bezüglich der weiteren Ausgestaltung des politischen Systems Hongkongs selbst das Heft in die Hand zu nehmen, während Tung Chee-hwa bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 2007 seine Kräfte auf wirtschaftliche Wiederbelebung der SVR konzentrieren solle. In der Tat wirkten die öffentlichen Auftritte Tung Chee-hwas, dessen Popularität in Hongkong weiter im Sinken begriffen ist, zunehmend kleinlaut. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, so hätten die Demokratisierungsbestrebungen in Hongkong das schlechteste aller denkbaren Ergebnisse bewirkt: die Übernahme der Regierungsverantwortung der SVR in Beijinger Hände. Auch wenn kaum mit einer unmittelbaren Auflösung der politischen Autonomie Hongkongs zu rechnen sein dürfte, könnten sich die Aussichten für eine weitere Demokratisierung in der SVR – ebenso wie auf dem chinesischen Festland – damit erheblich verschlechtern haben. (Xinhua, 6., 25., 26.4.04, nach BBC PF, 7., 8., 26., 27.4.04; Hong Kong Special Administrative Region government web site, 15., 26.4.04; DGB, 7.4.04, nach BBC PF, 10.4.04; *Xinbao (Hong Kong Economic Journal)*, 7.4.04, nach BBC PF, 9.4.04; SCMP, 5., 6., 7., 15., 26., 29., 30.4.04; WSJ, 7., 12., 13., 15., 26., 27.4.04; ST, 7., 8., 9.4.04; IHT, 5., 7., 8., 13., 23., 26., 27., 28.4.04; Kay Möller, „China endet in Hongkong. Berdigt Peking das Autonomiestatut?“, in: *SWP-Aktuell*, 20, April 2004) -hol-

27 Hongkong hofft auf Medizintouristen vom Festland

Die Hongkonger Medizinische Gesellschaft, die 1920 gegründet wurde und eine Mitgliedschaft von fast 6.000 Medizinern aus allen Bereichen zählt, hat damit begonnen, in den Nachbarstädten Guangzhou und Shenzhen aktiv mit den medizinischen Einrichtungen der Stadt zu werben. Auch in Shanghai und in der Provinz Zhejiang wurden Informationszentren eingerichtet, bei denen bereits Anfragen eingegangen sein sollen. Zielgruppe dieser Anstrengungen sind die sehr gut verdienenden Touristen aus der Volksrepublik, die unter dem Individual Travelers Scheme nach Hongkong kommen und während ihres Aufenthaltes gewöhnlich rund 1.000 US\$ täglich ausgeben. Ihnen will die Gesellschaft Augen- und Herzoperationen, diabetische Behandlungen sowie reguläre Gesundheitskontrollen anbieten. Sie baut dabei auf die Qualität des Gesundheitswesens verbunden mit Gastfreundschaft, integrierten Dienstleistungen sowie Telekommunikations- und Internetzugang. Seit Ende Februar bietet eine Hongkonger Reiseagentur bereits drei verschiedene Gesundheitspakete für Festlandtouristen an (XNA, 12.4.04).

Die Touristen aus der Volksrepublik machen ca. 40% aller Reisenden nach Hongkong aus, deren Ausgaben einen Anteil von 20-25% am Einzelhandelsumsatz haben. Dabei können die Bewohner der drei wohlhabendsten chinesischen Städte Beijing, Shanghai und Guangzhou seit September 2003 im Rahmen des Individual Travelers Scheme Hongkong als Individualreisende besuchen, alle anderen Festlandtouristen müssen Teilnehmer einer Reisegruppe sein. Offiziell kann jeder Reisende Devisen im Wert von 2.000 US\$ sowie 6.000 Yuan RMB (ca. 725 US\$) nach Hongkong mitnehmen, allerdings wird erwartet, dass Beijing diese Summen verdoppeln wird; auch wird erwartet, dass für weitere Städte die Reisebeschränkungen aufgehoben werden. -gs-

SVR Macau

28 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Regierungschef Edmund Ho besuchte vom 25. bis 28. April auf Einladung der Provinzregierungen von Zhejiang und Jiangsu die Provinzhauptstädte Hangzhou und Nanjing. Die beiden Provinzen im Delta des Yangzi-Stroms haben zusammen eine Bevölkerung von 120 Mio. Zu Edmund Hos 300-köpfiger Entourage zählten Vertreter der Regierung, der Geschäftswelt, der Tourismusindustrie und der Medien. Von den fünf Ministern der SVRM gehörten der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Francis Tam Pak Yuen, und der Minister für soziale Angelegenheiten und Kultur, Fernando Chui Sai On, der Delegation an. Zum Thema Wirtschaft fanden Konferenzen zum Austausch über die Situation der Wirtschaftsentwicklung und zur Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel zwischen den beiden Provinzen und der SVR Macau statt. Im Tourismusbereich standen die Eröffnung der „Photoausstellung Macau 2004“ am 26. April in Hangzhou und die Eröffnung der „Macau-Woche 2004“ am 28. April in Nanjing auf dem Programm.

Edmund Ho traf in Zhejiang mit Gouverneur Lü Zushan und Parteisekretär Xi Jinping, in Jiangsu mit Gouverneur Liang Baohua und Parteisekretär Li Yuanchao zusammen. Wirtschaftsminister Tam erläuterte den Gästen Macaus Strategie, sich zu einer dreiteiligen Plattform zu entwickeln: Dienstleistungsplattform für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und der portugiesischsprachigen Welt, eine Plattform geschäftlicher Dienstleistungen für West-Guangdong und eine Dienstleistungsplattform für die chinesische Geschäftswelt in Übersee. Macau könne den Geschäftsleuten beider Provinzen helfen, auf den portugiesischsprachigen Märkten Fuß zu fassen, und den Geschäftsleuten der portugiesischsprachigen Länder den Zugang zu den Märkten in Zhejiang und Jiangsu zu erleichtern. Zu den portugiesischsprachigen Ländern mit etwa 220 Mio. Einwohnern gehören Portugal, Brasilien, Kap Verde, Guinea-Bissau, Angola, Mosambik, Ost-Timor und São Tomé und Príncipe (der Inselstaat im Atlantik unterhält noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan). Am Ende seines Besuchs teilte Regierungschef Edmund Ho in Nanjing Reportern aus Macau mit, dass die beiden Provinzen großes Interesse an der Erschließung der Märkte der portugiesischsprachigen Länder via Macau gezeigt hätten. Macau werde im Verlauf des Jahres spezielle Arbeitsgruppen zur Förderung der Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der portugiesischsprachigen Welt und den beiden Provinzen einsetzen.

Am 26. April besichtigte die Delegation die Exportverarbeitungszone Hangzhou. Macau startet Ende diesen Jahres die grenzüberschreitende Exportverarbeitungszone mit Zhuhai. Francis Tam lud die Zhejiang-Unternehmer ein, in diese Macau-Zhuhai-Zone zu investieren. Die Unternehmer aus der Provinz, die das Investitionsumfeld in Macau inspiziert hätten, hätten bereits ihr Interesse an dem Industriegebiet bekundet. In der Provinz Jiangsu stand der Besuch der Wirtschaftlichen und Technologischen Entwicklungszone Kunshan auf dem Besuchsprogramm. Die Zone, 55 km von Shanghai entfernt, wurde als Hightech-Entwicklungszone auf staatlicher Ebene errichtet.

Unternehmen aus Macau und Zhejiang unterzeichneten am 26. April sieben Kooperationsabkommen in den Bereichen Wirtschafts- und Handelsentwicklung, Ausbildung von Fachpersonal im Kongress- und Tourismuswesen, Informationsaustausch, Industrie, Arzneimittel, Luftfracht und Logistik. In Jiangsu kam es am 28. April zum Abschluss von acht Kooperationsabkommen in den Bereichen Wirtschaft und Handel sowie Informationsaustausch, städtische Mini-Busse, Charterfrachtflüge, Verbreitung pharmazeutischer Produkte, Fitnessgetränke, Agrar- und Nebenprodukte, Aufbau der Infrastruktur und öffentliche Versorgungsbetriebe.

Der Macau-Tourismus werde durch die Umsetzung des CEPA (Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement) und infolge der Poli-

Der Macau-Tourismus werde durch die Umsetzung des CEPA (Mainland-Macau Closer Economic Partnership Arrangement) und infolge der Poli-